

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 32. Sitzung (19. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Planen und Bauen

am Montag, 17.03.2025, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373
Leverkusen, 5. OG, Ratssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Ina Biermann-Tannenberger

Stefan Hebbel

Wolfgang Sasse

Frank Schönberger

Vorsitzender

SPD

Heike Bunde

Alexander Finke

Julian Frohloff

Lena-Marie Pütz

Mohammed Rifi

Regina Sidiropulos

in Vertretung für Dirk Löb

(anwesend ab TOP 5)

Stv. Vorsitzende

in Vertretung für Alexander Finke (bis einschli. TOP 4)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Christoph Kühl

Christian Mai

2. stv. Vorsitzender

OP

Markus Pott

AfD

Peter Morawietz

FDP

Uwe Bartels

Einzelvertreter/in

Gisela Kronenberg

Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderungen

Ulrike Haase-Mülleneisen

Verwaltung:

Wares Ghafoorie	Konzernsteuerung (205)
Britta Meyer	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (012)
Andrea Deppe	Beigeordnete für Planen und Bauen
Sabine Heymann	Dezernat V
Andres Mauricio Estrada Bolivar	Dezernat V, Nachhaltige Stadtentwicklung
Johanna Schmidt	Mobilität und Klimaschutz (31)
Lukas Najdoski	Umwelt (32)
Thomas Kresse	Feuerwehr (37)
Ute Kommoß	Büro Baudezernat (60)
Stefan Karl	Stadtplanung (61)
Timm Dolenga	Kataster und Vermessung (62)

Udo Issinger

Bauaufsicht (63)

Verwaltung:

Gregor Steiniger	Gebäudewirtschaft (65)
Reinhard Schmitz	Tiefbau (66)
Silke Thyssen	Stadtgrün (67)

Gäste:

Prof. Peter Jahnen	HJPplan+
Alfonso Lopez de Quintana	neue bahnhstade opladen (nbso)
Nina Reichert	HJPplan+
Wulf Riedel	Technische Betriebe Leverkusen (TBL)

Schriftführung:

Stephanie Meuter	Büro Baudezernat (60)
------------------	-----------------------

Verwaltung:

Nazli Zain	Büro Baudezernat (60)
------------	-----------------------

Es fehlen:

CDU

Bernhard Miesen

SPD

Dirk Löb

BÜRGERLISTE

Ella Luff

Klimaliste Leverkusen

Jacqueline Blum

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi-Ahromi

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung6
2	Niederschriften6
3	Städtebaulicher Rahmenplan „Opladen - Urbanes Gebiet zwischen Lützenkirchener Straße, Pommernstraße, Rennbaumstraße und Bahngleise"6
3.1	Bericht zur Vorlage6
3.2	Verwaltungsvorlage - Beschluss über die Änderung des Geltungsbereichs - Beschluss als sonstige städtebauliche Planung gemäß Baugesetzbuch (BauGB) - Nr.: 2024/30107
4	Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen - Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3145 - m. erg. Unterlagen v. 14.02.2025 - Nr.: 2024/3148.....9
5	Schnelle Erste Hilfe im Notfall - Ersthelfer-App in Leverkusen - Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2025 - m. Stn. v. 17.03.2025 - Nr.: 2025/31979
6	Beantragung von Fördermitteln – Einwegkunststofffond - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 04.02.2025 - Nr.: 2025/3238..... 10
7	Kindertageseinrichtung Scharnhorststraße 10
7.1	Kitaerrichtung Scharnhorststraße - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2025 - m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025 - Nr.: 2025/3241..... 10
7.2	Kindertageseinrichtung Scharnhorststraße - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2025 - m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025 - Nr.: 2025/3242 10
7.3	Alternativstandort für die Kita Scharnhorststraße - Antrag der FDP-Fraktion vom 28.02.2025 - m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025 - Nr.: 2025/3254..... 10
8	Auditierung und Abschluss European Climate Award (eca) - Nr.: 2024/3152 11
9	Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen (Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards für städtische Gebäude - BQA) - Nr.: 2025/3201 .11

10	Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zur gemeinsamen Unterhaltung einer "Leitender-Notarzt-Gruppe" (LNA) - Nr.: 2025/3231	11
11	Konzept zur begleitenden Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der Großbaustelle Stelzenautobahn A1 - Nr.: 2025/3245	12
12	Ausbau Knotenpunkt Europaring (B8)/Planstraße Postgelände in Leverkusen-Wiesdorf - Baubeschluss - Nr.: 2025/3223	14
	Bericht der Dezernentin	14
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 1/2025).....	14

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt Rh. Schönberger (CDU) Frau Thyssen als neue Fachbereichsleiterin Stadtgrün und Herrn Steiniger als neuen Fachbereichsleiter Gebäudewirtschaft mit Wirkung zum 01.03.2025 vor. Er heißt beide im Gremium herzlich willkommen und ist sich sicher, an die gute Zusammenarbeit mit den Vorgängern anschließen zu können.

Als abwesend ohne Vertretung werden Rh. Miesen (CDU), Frau Luff (BÜRGERLISTE) sowie Frau Blum (Klimaliste Leverkusen) festgestellt.
Rf. Sidiropulos (SPD) vertritt Rh. Finke (SPD) im öffentlichen Teil der Sitzung.
Rf. Bunde vertritt Rh. Löb (SPD) im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Ausschuss stimmt der vorliegenden Arbeitstagesordnung sodann einstimmig zu.

2 Niederschriften

Die Niederschrift über die 30. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen vom 27.01.2025, ebenso wie die Niederschrift über die 31. Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen gemeinsam mit dem Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt und dem Betriebsausschuss Sportpark Leverkusen zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 3 vom 24.02.2025 werden dem Ausschuss in der kommenden regulären Sitzung zur Kenntnisnahme vorgelegt.

3 Städtebaulicher Rahmenplan „Opladen - Urbanes Gebiet zwischen Lützenkirchener Straße, Pommernstraße, Rennbaumstraße und Bahngleise“

3.1 Bericht zur Vorlage

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU) begrüßt Herrn Prof. Jannen vom Planungsbüro HJPplan+, der zur Vorlage mit einer Präsentation ausführt. Die Präsentation steht als Anlage 2.2 zur Verwaltungsvorlage Nr. 2024/3010 zur Verfügung.

- 3.2 Verwaltungsvorlage
- Beschluss über die Änderung des Geltungsbereichs
 - Beschluss als sonstige städtebauliche Planung gemäß Baugesetzbuch (BauGB)
 - Nr.: 2024/3010

Rh. Pott (OP) stellt fest, dass der Entwurf grundsätzlich viele gute Ansätze enthält. Bei Betrachtung der Planung falle auf, dass die Bebauung sehr dicht und hoch sei. Im Vergleich zur bisherigen Bebauung würden im Schnitt zwei Etagen hinzugefügt, was zu einer erheblichen Verdichtung führe. Ein Punkt, der nicht deutlich genug angesprochen worden sei, betreffe die Büronutzung entlang der Bahn. Rh. Pott (OP) weist darauf hin, dass die Lärmbelästigung in diesem Bereich sehr hoch sei. Eine Büronutzung an dieser Stelle könne jedoch als Schallschutz fungieren und dahinter ein ruhigeres Wohnumfeld ermöglichen.

Auch die Verkehrssituation erscheine auf den ersten Blick problematisch. Während in der Planung davon ausgegangen wird, dass das Konzept funktioniert, schlägt Rh. Pott (OP) vor, eine direkte Zufahrt zur Tiefgarage im Quartier unter dem Wittenberggelände über den Tunnel der Lützenkirchener Straße (aus Richtung Osten kommend) zu schaffen.

Besonders kritisch sehe er die geplante Bebauung des Parkplatzes an der Stauffenbergstraße. Dieser diene seit Jahrzehnten als zentrale Parkmöglichkeit für Pendler und Besucher Opladens. Sollte er überbaut werden, müsse zwingend ein gleichwertiger Ersatz geschaffen werden. Die geplante Überbauung der Park+Ride-Fläche an der Bahn sei nicht ausreichend, da diese Fläche nur etwa halb so groß sei. Bereits jetzt gebe es ein massives Parkplatzproblem in Opladen, das mit dem Bahnhofsquartier weiter zunehmen werde.

Zudem verweist Rh. Pott (OP) auf bestehende Beschlüsse, die der aktuellen Planung widersprüchen. So sei beispielsweise die Aufstockung des Parkplatzes am Berufskolleg beschlossen worden, während die aktuelle Planung dort eine Quartiersgarage und einen Rettungsstandort vorsehe. Auch für das Berufskolleg selbst sei bereits der Umzug zum Busbahnhof geplant, wo eine neue Turnhalle entstehen solle. Diese Fläche könne daher nicht einfach anderweitig genutzt werden.

Abschließend stellt Rh. Pott (OP) die Frage, wie verbindlich die aktuelle Planung sei. Laut Entwurf seien die Bauvolumen weitgehend festgelegt, während die Nutzung noch offenbleibe. Er möchte wissen, ob der Plan in dieser Form verabschiedet werden könne, ohne grundlegende Fehler zu integrieren, oder ob es im Verfahren noch genügend Flexibilität gebe, um diese Punkte im weiteren Planungsprozess zu korrigieren. Zudem weist er auf eine Korrektur hin: Das Gebäude Stauffenbergstraße 17 ist nicht 7-geschossig, sondern 8-geschossig.

Frau Beigeordnete Deppe führt auf die Fragen aus, dass die tatsächlichen Festlegungen und Definitionen zu treffen sind, wenn die Bebauungspläne aufgestellt werden und es bei dieser Vorlage darum ginge, eine Idee zu haben, was mit einem Gebiet zukünftig geschehen soll und den Rahmen dafür zu setzen. Prof. Jahnen ergänzt zu den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich inhaltlich Rh. Pott (OP) an, betrachtet das Thema jedoch aus einer anderen Perspektive. Sie hebt hervor, dass der vorliegende Rahmenplan eine wichtige Grundlage für die zukünftige Stadtentwicklung an dieser Stelle bildet und die aktuellen Herausforderungen wie Wohnraumschaffung, Identitätsbildung, Umweltaspekte und nachhaltige Wasserbewirtschaftung aufgreift.

Kritik an Detailfragen, wie der Parkplatzsituation hält sie für wenig zielführend und fordert stattdessen eine ganzheitliche Betrachtung. Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont die Zustimmung ihrer Fraktion zum Rahmenplan und spricht sich für eine zügige Umsetzung aus.

Rf. Biermann-Tannenberger (CDU) hebt besonders die enge Zusammenarbeit mit den Eigentümerinnen und Eigentümern hervor. Besonders positiv bewertet sie die Reduzierung der Versiegelung und erkundigt sich nach der Einbindung des Hochwasserschutzkonzeptes für den Wiembach. Kritischer Punkt aus Sicht von Rf. Biermann-Tannenberger (CDU) ist die hohe Dichte der geplanten Bebauung. Sie warnt davor, dass eine zu starke Verdichtung langfristig soziale Herausforderungen mit sich bringen könnte. Daher plädiert sie für eine genaue Abwägung, wie viele Menschen das Gebiet verträgt, um eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten.

Rh. Bartels (FDP) hebt die gute Anbindung an die Balkantrasse und den ÖPNV hervor. Ein zentraler Kritikpunkt ist die Platzierung der Quartiersgarage im Zentrum. Er schlägt vor, diese an den Rand zu verlagern, um den Verkehr innerhalb des Quartiers weiter zu reduzieren. Den Hinweis von Rh. Pott (OP) zur Turnhalle des Berufskollegs hält er für berechtigt, hofft jedoch, dass sich im Rahmen der Planungsflexibilität eine Lösung finden lässt. Kritischer sieht er den Wegfall des Parkplatzes an der Stauffenbergstraße. Gleichzeitig erkennt er das Potential des Standortes für ein kleinteiliges Wohnquartier, insbesondere für Auszubildende und Studierende, die vorrangig auf den ÖPNV angewiesen sind.

Sodann beantragt Rh. Pott (OP), den Geltungsbereich des städtebaulichen Rahmenplans um den P+R-Parkflächen, nördlich an der Bahn auszuweiten.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), lässt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen:

dafür: 2 (1 OP, 1 FDP)
dagegen: 13 (4 CDU, 5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD)
Enth.: 1 (parteilos)

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig bei einer Enthaltung von Opladen Plus -

- 4 Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen
- Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3145
 - m. erg. Unterlagen v. 14.02.2025
 - Nr.: 2024/3148

Rh. Hebbel (CDU) stellt den Antrag auf Vertagung in den nächsten Turnus.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen folgt einstimmig dem Vertagungsantrag um einen Turnus.

- 5 Schnelle Erste Hilfe im Notfall - Ersthelfer-App in Leverkusen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.01.2025
 - m. Stn. v. 17.03.2025
 - Nr.: 2025/3197

Rf. Biermann-Tannenberger (CDU) stellt einen Antrag auf Vertagung bis das Gutachten über den Betrieb und die Leistungsfähigkeit der einheitlichen Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes der Stadt Leverkusen vorliegt sowie das Rettungsdienstgesetz NRW novelliert wurden und sich daraus möglicherweise neue Erkenntnisse ergeben, die Berücksichtigung finden sollten.

Rh. Hebbel (CDU) schlägt eine Vertagung in den letzten Turnus des amtierenden Rates vor.

Diesem Vertagungsantrag folgt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen einstimmig.

- 6 Beantragung von Fördermitteln – Einwegkunststofffond
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 04.02.2025
- Nr.: 2025/3238

Hr. Ghafoorie (20) führt zum Thema inhaltlich aus und beantwortet die aufkommenden Fragen.

Aufgrund der Ausführungen von Herrn Ghafoorie (20) stellt Herr Frohloff (SPD) den Antrag auf Erledigung, den der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen einstimmig annimmt.

- 7 Kindertageseinrichtung Scharnhorststraße

- 7.1 Kitaerrichtung Scharnhorststraße
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2025
- m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025
- Nr.: 2025/3241

- 7.2 Kindertageseinrichtung Scharnhorststraße
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2025
- m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025
- Nr.: 2025/3242

- 7.3 Alternativstandort für die Kita Scharnhorststraße
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.02.2025
- m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025
- Nr.: 2025/3254

Die Tagesordnungspunkte 7.1 „Kitaerrichtung Scharnhorststraße - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.02.2025 - m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025 (2025/3241)“, TOP 7.2 „Kindertageseinrichtung Scharnhorststraße - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2025 - m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025 (2025/3242)“ sowie TOP 7.3 „Alternativstandort für die Kita Scharnhorststraße - Antrag der FDP-Fraktion vom 28.02.2025 - m. Anf. v. 27.02.2025 und Stn. v. 11.03.2025 (2025/3254)“ werden gemeinsam beraten.

Analog zur Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses stellt Rh. Heibel (CDU) den Antrag auf Vertagung in die Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschuss am 31.03.2025.

Frau Beigeordnete Deppe macht darauf aufmerksam, dass im Kontext der Haushaltsplanung und den beschlossenen Einsparvorgaben von 15 Prozent es aktuell nicht möglich ist, weitere Mietobjekte aufzunehmen. Neue Bauprojekte können erst dann umgesetzt werden, wenn laufende Projekte abgeschlossen sind und die Finanzierung im Haushalt gesichert ist. Selbst eine Lösung durch einen Investor, der den Bau übernimmt, entlastet die Stadt nicht vollständig. Bei der Betriebsübernahme durch einen Träger müssten Zuschüsse bereitgestellt werden, die ebenfalls nicht im Haushalt vorgesehen sind. Soll der Kita-Neubau dennoch realisiert werden, müsste eine Änderung der Beschlusslage erfolgen – etwa durch eine Ausnahme von den Einsparvorgaben.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über den Vertagungsantrag abstimmen.

Die genannten Tagesordnungspunkte werden einstimmig in die Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschusses am 31.03.2025 vertagt.

- 8 Auditierung und Abschluss European Climate Award (eca)
- Nr.: 2024/3152

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

- 9 Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen (Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards für städtische Gebäude - BQA)
- Nr.: 2025/3201

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

- 10 Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zur gemeinsamen Unterhaltung einer "Leitender-Notarzt-Gruppe" (LNA)
- Nr.: 2025/3231

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 11 Konzept zur begleitenden Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der Großbaustelle Stelzenautobahn A1
- Nr.: 2025/3245

Fr. Kronenberg (parteilos) sieht das Ziel des Kommunikationskonzeptes darin, Entscheidungen im Zusammenhang mit der Großbaustelle kritisch zu hinterfragen, um die Anwohner bestmöglich vor den Auswirkungen zu schützen. Sie spricht sich dafür aus, einige Formulierungen in der Vorlage anzupassen, um zu vermeiden, dass der Eindruck entsteht, die Stadt Leverkusen fungiere lediglich als Sprachrohr der Autobahn GmbH, indem deren Mitteilungen an die Bevölkerung weitergeleitet werden.

Im Weiteren schlägt Fr. Kronenberg (parteilos) die Einrichtung eines Anwohner-beirates vor, bei dem insbesondere Umwelt- und Gesundheitsaspekte eine zentrale Rolle spielen. Sie verweist auf die bisherigen Erfahrungen mit der Autobahn GmbH, insbesondere auf deren Vorgehen beim Bauabschnitt 1, die Sperrung des Fahrradweges nach Rheindorf seit 2018 sowie die Probleme beim Lärmschutz insgesamt und an der Nobelstraße. Sie hält es für essenziell, den Fokus nicht nur auf das Thema Stelzenautobahn zu legen, da derzeit lediglich ein Planfeststellungs-beschluss für die Bauabschnitte 2 und 3 sowie das Autobahnkreuz vorgesehen ist. Sie warnt davor, dass das Motto „Keinen Meter mehr“ am Ende nicht in „Wir machen den Weg frei“ umgewandelt wird. Um die Formulierungen der Vorlage weiter zu präzisieren, schlägt Fr. Kronenberg (parteilos) eine Vertagung der Entscheidung vor.

Herr Frohloff (SPD) betont, dass der Schwerpunkt der Vorlage darauf liegt, wie mit den Entwicklungen rund um die A1 umzugehen ist. Er hebt die Bedeutung des Bündnisses „Keinen Meter mehr“ hervor. Zudem verweist er auf bestehende Beschlüsse zur Thematik, die Vorbereitung eines Gutachtens zur möglichen Klageerhebung sowie darauf, dass an einer guten Lösung für die Stadt Leverkusen weiterhin gearbeitet wird. Herr Frohloff (SPD) führt weiter aus, dass in Anbetracht der Informationen aus dem Bundesverkehrsministeriums, welches 1,3 Mrd. Euro von der Stadt Leverkusen für die Tunnellösung verlangt, die Wahrscheinlichkeit hoch sei, dass es zum Bau der Stelze kommt. Er unterstreicht, dass sich die Stadt in den vergangenen Wochen intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt habe und es nun wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger transparent in den Prozess einzubinden. Er sieht den Schwerpunkt darin, die Leitlinien und Beschlüsse zu erläutern und über die möglichen Auswirkungen der Baustelle auf die Stadt zu informieren. Er betont, dass Beschlüsse jederzeit an veränderte Gegebenheiten angepasst werden könnten. Die A3 werde ebenfalls ausgebaut, auch wenn die Autobahn GmbH dies noch nicht offiziell kommuniziert habe. Herr Frohloff (SPD) spricht sich für den Beschluss aus.

Rh. Bartels (FDP) befürwortet die Einrichtung eines Beirates für die von dem Autobahnausbau betroffenen Bürgerinnen und Bürger, um deren Einbindung zu verbessern. Er regt an, das Kommunikationskonzept nicht nur auf die aktuelle Großbaustelle der A1 zu beschränken, sondern auf den gesamten Au-

tobahnausbau (A1, A3 und das Autobahnkreuz) auszuweiten. Zudem sollte die Beratungsfolge um die Bezirksvertretung III ergänzt werden.

Frau Beigeordnete Deppe berichtet aus der heutigen Pressekonferenz zum Thema und sieht den Beginn eines dynamischen Kommunikationsprozesses. Der derzeitige Fokus liege auf der Stelzenautobahn, könne aber im weiteren Verlauf ergänzt werden. Ein eigener Bereich zum Thema Autobahnausbau sei kürzlich auf der Webseite der Stadt Leverkusen freigeschaltet worden, um die Bürgerinnen und Bürger auch digital zeitgemäß einzubinden.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich den Ausführungen von Frau Beigeordnete Deppe an und unterstützt die Beschlussfassung zur Vorlage.

Fr. Kronenberg (parteilos) konkretisiert, dass der vorgeschlagene Beirat ausschließlich für direkt betroffene Anwohnerinnen und Anwohner zu verstehen sei, um ihnen eine Anlaufstelle für Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit der Großbaustelle zu bieten. Sie äußert zudem Sorge, dass die A3 im bisherigen Verfahren zu wenig berücksichtigt werde und sich der Fokus zu stark auf den Ausbau der A1 konzentriere. Sie betont, dass es die Aufgabe der Stadt Leverkusen und ihrer Vertreterinnen und Vertreter sei, den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen, und plädiert für eine vorausschauende Herangehensweise.

Rh. Bartels (FDP) fasst zusammen, dass die Änderungen an der Vorlage, eine Ausweitung des Konzeptes auf den gesamten Bereich A1, A3 und das Autobahnkreuz beinhalten sollten, um bereits früh eine umfassende Betrachtung zu ermöglichen. Auch wenn derzeit detaillierte Informationen vorrangig zur Stelzenautobahn vorliegen, sei es wichtig, vorbereitet zu sein und auf zukünftige Entwicklungen flexibel reagieren zu können. Aufgrund der angrenzenden Gebietsbetroffenheit sei es formal folgerichtig die Beratungsfolge im laufenden Turnus um die Bezirksvertretung 3 zu ergänzen.

Herr Frohloff (SPD) schlägt vor, den Betreff der Vorlage um „A1 und A3“ zu ergänzen und unter Beschlusspunkt 3 „die A 3“ mit aufzunehmen. Er weist darauf hin, dass die Nachtragsfrist für die Sitzung der Bezirksvertretung III am kommenden Donnerstag, 20.03.2025 endet. Rh. Schönberger (CDU) ergänzt die Formulierung um „das Autobahnkreuz“. Fr. Kronenberg (parteilos) zeigt sich mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

Anschließend lässt der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), über die Vorlage mit den zuvor genannten Änderungen abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit den zuvor genannten Änderungen

- einstimmig -

- 12 Ausbau Knotenpunkt Europaring (B8)/Planstraße Postgelände in Leverkusen-Wiesdorf
- Baubeschluss
- Nr.: 2025/3223

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

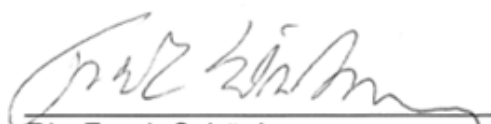
Bericht der Dezernentin

Es wird kein Bericht abgegeben.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 1/2025)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Rh. Schönberger (CDU), schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Bauen gegen 17:45 Uhr.


Rh. Frank Schönberger
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Planen und Bauen


Stephanie Meuter
Schriftführer/in